



---

## Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Präsidenten des Europäischen Parlaments

### Hintergrundinformation zu Session I

---

Die Digitalisierung ist eines der zentralen Themen unserer Zeit. Sie hat bereits jetzt viele Bereiche unseres Lebens erfasst und wird in Zukunft zu tiefgreifenden Veränderungen in Wirtschaft, Staat, Gesellschaft und unser aller Alltag führen. Die neuen digitalen Kommunikationsmittel verändern die Öffentlichkeit und damit die Grundlagen der repräsentativen Demokratie. Politiker/-innen und Bürger/-innen nutzen das Internet, um sich zu informieren, ihre Meinung zu verbreiten, oder in einen gemeinsamen Diskurs zu treten. Dies bietet viele Chancen für eine lebendige Debattenkultur. Gleichzeitig beschreiben neue Wortgründungen wie *Fake News*, *Hate Speech* und *Microtargeting* die Schattenseiten dieses digitalen Wandels.

*Welche Chancen und Gefahren ergeben sich aus der veränderten Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter für die repräsentative Demokratie? Reicht es, bestehende demokratische Prozesse ins Digitale zu verlagern? Wie können die Parlamente das Netz aktiv mitgestalten und zu einem demokratischen Raum hin verbessern?*

#### **Die Digitalisierung als Beschleuniger einer veränderten Öffentlichkeit**

Die Vielfalt der öffentlichen Diskursräume im Internet, die Änderung der Spielregeln wie Zeilenangaben, Sendezeiten, journalistische Methoden und öffentlich Sagbares, können zu einer Entfesselung der politischen Öffentlichkeit führen, die auch die Parlamente besonders betrifft. Die Debatte im Netz kann nicht mit den gleichen Instrumenten geregelt werden, wie der Print- und Medienbereich, insbesondere weil sie auch eine globale Dimension hat. Es besteht die Gefahr, dass der öffentlichen Diskurs beeinträchtigt und gesellschaftliche Unsicherheiten ausgenutzt werden, um die politische Debatte zu beherrschen (z.B. Migration, Terrorismus, Klimakrise und Pandemie). *Wird die Verlegung der Öffentlichkeit in die sozialen Medien zur Gefahr für die Demokratie, wie es sich seit dem Bekanntwerden von Desinformationskampagnen im Kontext demokratischer Prozesse, insbesondere Wahlen und Referenden andeutet?*

Die globalen Internetplattformen führen zu einer Vielzahl zersplitterter Teil-Öffentlichkeiten im Netz, die gegenüberstehende Meinungen immer weiter auseinandertreibt. Zunehmend ist zu beobachten, wie die mit Datenmengen gespeiste künstliche Intelligenz die Entstehung von Aufmerksamkeitsblasen ermöglicht, indem sie Nutzer immer wieder mit denselben Inhalten konfrontiert und Polarisierendes unverhältnismäßig hervorhebt. Algorithmen verstärken Hasreden und die Verrohung des Umgangs zwischen den Nutzern. Die ungefilterte Verbreitung von Inhalten in

diesen sozialen Netzwerken trägt nicht zur Versachlichung der Debatte bei, im Gegenteil: es dominiert Verunsicherung und Desintegration. Journalistisch aufbereitete Information und individuelle Äußerungen stehen nebeneinander – Wahrheiten, Halbwahrheiten, Unwahrheiten. Die Pressefreiheit steht zunehmend unter Druck.

*Wie können die Parlamente als Ort der Bündelung, Fokussierung und Konzentration, eine erneuerte Diskussions- und Informationskultur im Internet schaffen, für und mit medienkompetenten, engagierten Bürgern? Wie können wir eine vielfältige und hochwertige Medienlandschaft unterstützen?*

### **Meinungsmanipulation als Angriff auf die parlamentarische Demokratie**

Die sozialen Medien sollten den Menschen, ungeachtet bisheriger wirtschaftlicher oder bildungsbedingter Zugangsbarrieren, eine Stimme geben. Sie erleichtern die Vernetzung mit Gleichgesinnten, die Diskussion kontroverser Standpunkte und die Schaffung eines „globalen Dorfs“. Andererseits nutzen auch extreme Gruppierungen das Netz mit Hilfe von Algorithmen und Bots, um die Ängste und Sorgen der Bevölkerung zu befeuern. Der Sturm auf das Kapitol in Washington hat gezeigt, wie die massenhafte Verbreitung von Desinformation und Hassbotschaften zum systemischen Risiko für die Demokratie werden kann. Auch politische Parteien profitieren von neuen Formen der Wähleransprache und Manipulation wie Mikrotargeting und Social Bots, was zu dem Erstarken populistischer und rechtsextremer Kräfte in Europa beiträgt. Und im schlimmsten Fall führt dieser Prozess zu Wahlerfolgen, die die Grundfesten der repräsentativen und liberalen Demokratie grundlegend verändern.

Die an einigen Stellen zu beobachtende Radikalisierung in der Gesellschaft ist auch ein Ausdruck wechselnder gesellschaftlicher Orientierungen. Die Möglichkeit, jedes „Like“ als Meinungsbild darzustellen und einer (radikalen) politischen Minderheit ein nie dagewesenes Sprachrohr zu geben, ist unter anderem Ausfluss der digitalen Netzwerke. *Welche neuen Instrumente könnten zur Stärkung und Widerstandsfähigkeit der Demokratie genutzt oder entwickelt werden? Können die Parlamente und die politischen Parteien zu mehr Selbstregulierung und zu ethischen Grundsätzen in der digitalen Kommunikation verpflichtet werden?*

### **E-Partizipation als Chance für die digitale Demokratie**

Trotz der digitalen Möglichkeiten des E-Governments, die Verwaltungen effizienter und öffentliche Dienstleistungen individualisierbarer machen, hat die Digitalisierung die Arbeitsweise der Parlamente bei der Gesetzgebung nicht grundlegend verändert. Vielerorts sind Online-Wahlen (noch) nicht möglich, da verfassungsrechtliche Vorgaben oder Sicherheits- und Datenschutzbedenken entgegenstehen. Elemente der Online-Bürgerbeteiligung finden sich aber bereits in Form von E-Petitionen und in der Ausschuss- und Enquete-Arbeit.

Der Teilhabeanspruch an der öffentlichen Debatte könnte durch digitale Beteiligungsmöglichkeiten noch weiter wachsen. Beispiele für die E-Partizipation gibt es auf verschiedenen politischen Ebenen. In Deutschland befasste sich ein von der Zivilgesellschaft angestoßener und unter der

---

Schirmherrschaft des Deutschen Bundestages stehender digitaler Bürgerrat mit der Frage zu Deutschlands Rolle in der Welt. Auch die Klimakrise war Thema von (digitalen) Bürgerdebatten: Im Rahmen der französischen „Convention citoyenne pour le climat“ von 2019 - 2020 oder im neuen Bürgerrat zur Klimapolitik in Deutschland. In Europa beginnt am Europatag am 9. Mai 2021 mit der „Konferenz zur Zukunft Europas“ der wohl wichtigste und ambitionierteste Dialog für die europäische Demokratie. Bereits am 19. April 2021 ging die mehrsprachige Online-Plattform an den Start, in der die europäischen Bürger/-innen direkt Vorschläge für die EU von morgen einbringen können.

### **Mitgestaltungschancen für globale Standards der Digitalisierung**

Wir stehen heute vor der Aufgabe, die Weichen so zu stellen, dass Europa im Feld der Digitalisierung innovativer wird. Für Europa geht es angesichts der enormen Machtkonzentration bei wenigen US-amerikanischen und chinesischen Tech-Firmen auch um die politische und ökonomische Souveränität. *Können wir die europäischen Daten, die von unseren Bürger produziert werden, als öffentliches Gut zurückholen, zum Beispiel, indem wir die Marktmacht der europäischen Nutzer/-innen nutzen, um den Schutz personenbezogener Daten weltweit durchzusetzen?* Das könnte, im Einklang mit dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, einen wirklichen sozialen Wert für besser informierte Politik darstellen. *Wie kann eine europäische Internet-Governance-Strategie mitentwickelt werden, die den Menschen in den Mittelpunkt der Digitalisierungspolitik stellt? Können hohe Standards für die Demokratie und den Menschenrechtsschutz auch online gewährleistet werden? Digitalisierung und veränderte Öffentlichkeit - das ist eine Frage, die unsere Demokratie vor große Herausforderungen stellt und bei deren Beantwortung auch die Parlamente einen wichtigen Beitrag erbringen können.*